



„Es fehlt die Reverenz ans Land“

In Deutschland wird es keinen Staatsakt für Helmut Kohl geben. Der Historiker Gregor Schöllgen sagt, das wäre wichtig gewesen.

Herr Professor Schöllgen, es wird keinen Staatsakt für den verstorbenen Bundeskanzler Helmut Kohl in Deutschland geben. Lässt sich das rechtfertigen?

Noch wissen wir nicht, wer wann welche Entscheidung getroffen hat. So gesehen verbietet sich ein Urteil. Dass es nicht zu einem Staatsakt in Deutschland kommen wird, ist bedauerlich. Für einen Staatsakt gibt es gute Gründe, nicht zuletzt den, dass das Land und das Volk von einem Mann Abschied nehmen können, der sie viele Jahre lang im In- und Ausland repräsentiert hat. Das ist eine über das Zeremonielle hinausgehende Geste. Ebendeshalb finden sich bei einem Staatsakt zahlreiche Vertreter des Auslandes ein. Mit ihrem Besuch erweisen sie nicht nur dem Verstorbenen die Reverenz, sondern auch seinem Land und seinen Menschen. Diesen Moment wird es jetzt nicht geben.

Den Deutschen ist also etwas genommen worden, unabhängig davon, wer diese Entscheidung getroffen hat?

Das würde voraussetzen, dass die Deutschen mehrheitlich einen solchen Staatsakt erwartet oder sich gewünscht hätten, und auch das wissen wir nicht sicher. Sicher ist, dass sie die Chance, das zu erleben, nicht haben werden.

Nach einer Umfrage des ZDF-Politbarometers betrachten 73 Prozent der Befragten es als Ehre, dass ein europäischer Trauerakt angesetzt wurde. Allerdings wurde nicht nach einer Einschätzung zum entfallenen deutschen Staatsakt gefragt.

Dieser hohe Wert überrascht mich nicht, denn es gibt kein vergleichbares europäisches Land, dessen Bevölkerung eine so hohe Identifizierung mit Europa zeigt wie Deutschland. Das hat mit der Entstehungsgeschichte und der völkerrecht-

*Kondolenzbuch im Dom zu Speyer:
Hier wird ein Trauergottesdienst
für Kohl stattfinden.* Foto Frank Röth

lichen Stellung der alten Bundesrepublik zu tun. Weil sie bis zur Wiedervereinigung nicht über die vollständige äußere Souveränität verfügte, fehlte eine entscheidende Möglichkeit der Identitätsbildung. Man suchte und fand dann den einen oder anderen Ersatz, zum Beispiel die D-Mark, und sehr früh auch das integrierte Europa.

Es wurde der Vorwurf erhoben, Kohl habe offenbar mit dem deutschen Volk gebrochen oder er wolle sich an einzelnen Politikern rächen. Trifft das zu?

Momentan weiß vermutlich niemand außerhalb der engeren Familie Helmut Kohls, ob er sich überhaupt eindeutig und in diesem Sinne geäußert hat. Das müsste man aber wissen, um es beurteilen zu können. Für mich ist der Maßstab für ein Urteil, ob und was er überprüfbar verfügt hat.

Vor Kohl waren schon Jean Monnet und Jacques Delors als Ehrenbürger Europas ausgezeichnet worden. Was ist das Besondere seiner Verdienste, das nun zu dieser besonderen Ehrung für Kohl geführt hat?

Jeder von ihnen hatte es mit einer spezifischen Herausforderung zu tun. Im Falle Helmut Kohls bestand sie darin, dass weder er noch sonst jemand auf sie vorbereitet war, weil niemand den Kollaps der DDR kommen sah. Als Historiker und inzwischen versierter Regierungschef wusste er 1989, dass eine wie auch immer geartete Vereinigung Deutschlands nur in einem europäischen Zusammenhang denkbar war. Selbst in schwierigsten Verhandlungen mit den europäischen Partnern die nationale Zielsetzung verfolgt zu haben, ohne das übergeordnete europäische Interesse aus den Augen zu verlieren, ist eine große Leistung. Kein anderer deutscher oder europäischer Staatsmann war nach 1945 in einer vergleichbaren Situation.

Wie sieht das die Öffentlichkeit in Europa?

Dass sich einige Partner, wie Frankreichs Staatspräsident Mitterrand oder die britische Premierministerin Thatcher, trotz Kohls Versicherungen und trotz der Taten, die ihnen folgten, zunächst mit der Vorstellung eines vereinigten Deutschlands schwertaten, ist bekannt. Insgesamt aber reflektierten ihre zum Teil demonstrativen Abwehrhaltungen nicht die Stimmung der Völker. Die Amerikaner und ihr Präsident Bush senior hatten solche Vorbehalte nicht.

Und in Osteuropa?

Von den Völkern Ost- und Ostmitteleuropas wurde von Anfang an die Bereitschaft Helmut Kohls honoriert, ihnen Perspektiven für eine Aufnahme in die EU zu eröffnen. Auch gegenüber Russland hat Kohl – wie seine beiden Nachfolger – nie einen Zweifel an dem Recht dieser Staaten gelassen, ihre Bindungen und Bündnisse frei zu wählen. Das hat ihm dort beträchtlichen Respekt eingetragen.

Die Ehre des Trauerakts in Straßburg überwiegt also den Mangel, dass in Deutschland kein Staatsakt angesetzt wurde?

Das eine hätte das andere ja nicht ausgeschlossen. Dass der Trauerakt in Straßburg stattfindet, ist angemessen und von hoher symbolischer Bedeutung: Kaum eine zweite Stadt steht so sehr für das wechselvolle deutsch-französische Verhältnis und damit zwangsläufig auch für das Schicksal Europas wie diese.

Auf der Rednerliste stehen Antonio Tajani, Donald Tusk und Jean-Claude Juncker für die EU, Angela Merkel, Emmanuel Macron, Bill Clinton, Dimitrij Medwedjew und Benjamin Netanjahu. Wen hätten Sie sich noch als Redner vorstellen können?

Ich finde es wichtig und richtig, dass neben den Vertretern Europas auch die deutsche Bundeskanzlerin und der französische Staatspräsident sprechen, weil diese beiden für den Dreh- und Angelpunkt der europäischen Integration, eben das deutsch-französische Verhältnis stehen. Bill Clinton spricht als persönlicher Freund Helmut Kohls und natürlich auch für das Land, ohne das die Entwicklung Deutschlands und Europas seit 1945 nicht denkbar ist. Auch wegen der engen Beziehungen, die Helmut Kohl zu Michail Gorbatschow und Boris Jelzin unterhielt, und wegen der herausragenden Bedeutung der Sowjetunion war es wichtig, dass doch, anders als geplant, auch ein Repräsentant Russlands das Wort ergreifen soll.

Wie sollte mit Kohls politischem Nachlass verfahren werden?

Der Nachlass sollte nach dem Vorbild des Nachlasses von Willy Brandt in eine Bundesstiftung gehen. Die damalige Konstellation war der heutigen vergleichbar, und Kohl hat sich seinerzeit sehr für diese Lösung engagiert. Wenn die Beteiligten die entsprechende Kompromissbereitschaft aufbringen, wäre das ein würdiger Umgang. Denn es geht ja nicht nur darum, der Wissenschaft einen angemessenen Zugang sicherzustellen. Vielmehr haben diese Stiftungen auch den Auftrag, das Erbe des Namens- und Nachlassgebers zu wahren und zu vermitteln.

Das wäre vielleicht auch ein Ausgleich für den ausgefallenen Staatsakt.

Das könnte man so sehen, wenn es am Ende zur Gründung einer nationalen Stiftung käme. ■

Das Gespräch führte **Susanne Kusicke**.



Gregor Schöllgen ist Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Erlangen, lehrte in New York, Oxford und London und ist Publizist und Berater in Politik, Wirtschaft und Kultur.